

## **Grün-Anlagen**

### *In Nachhaltigkeit investieren*

16-145

*„Ob Rodung des Regenwaldes, Kinderarbeit, ausbeuterische Arbeitsbedingungen oder Waffen in Händen von Diktatoren. Anleger haben heute wenig Chancen herauszufinden, was sie bei ihrer Geldanlage alles mitfinanzieren. Grüne Finanzpolitik bringt Licht in den Finanzdschungel. Wir wollen rentable Geldanlage mit gutem Gewissen möglich machen.“*

**Christine Scheel MdB** ist stellv. Fraktionsvorsitzende

### **Auch beim Geld: Wissen, was drin steckt**

Im Fokus grüner Finanzmarktpolitik steht mehr Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten. Bisher spielt dieser zukunftsentscheidende Aspekt dort kaum eine Rolle – das soll anders werden. In dieser Broschüre steht, wie das gehen kann.

Grünes Investment macht einen weiten Bogen um Unternehmen, die weder Energiefragen noch faire Arbeitsbedingungen berücksichtigen. Jeder und jede kann dazu beitragen, die Finanzmärkte ökologisch und ethisch korrekt sowie sozial fair zu machen: Legen Sie Ihr Geld so an, dass damit kein Raubbau an der Umwelt betrieben wird, fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse nach alternativen Geldanlagen. Oder wollen Sie, dass mit dem Geld aus Ihrer privaten Altersvorsorge oder Ihrem Bausparvertrag Kohlekraftwerke und Ölförderanlagen finanziert werden? Um das auch tatsächlich entscheiden zu können, ist es gut, als Verbraucherin und Verbraucher mehr zu wissen. Damit Geld wirklich „grün“ angelegt werden kann, sind deshalb Informationspflichten der Unternehmen und Vermögensverwalter notwendig. Diese sollen nicht nur über Renditen und Risiken aufklären, sondern auch über Nachhaltigkeitsaspekte – dafür steht grüne Finanzmarktpolitik. Sie sorgt dafür, dass das Thema nachhaltige Geldanlagen auch am Bankschalter ankommt.

Immer mehr Leute wollen mit gutem Gewissen Geld verdienen. Und es klappt: Profit und Moral gehen zusammen. Der Erfolg von Fair Trade-Produkten bspw. zeigt, dass ein immer größerer Teil der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht auf Kosten anderer oder der Umwelt leben will. Grünes Investment heißt nicht, auf Gewinn zu verzichten. Viele Nachhaltigkeitsfonds für die private Vermögensbildung können mit einer konventionellen Geldanlage gut mithalten. Wenn der Gewinn ohne Ausbeutung von Mensch und Natur zustande kommt, ist das doppelt gut – für die Umwelt und das Gewissen.

Auch der Staat, öffentliche Banken und Sparkassen stehen in der Verantwortung für mehr Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten. Ihr Auftrag muss sich an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien orientieren. Grüne Finanzmarktpolitik hat nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die öffentliche Hand im Blick.

Wir stehen vor konkreten Herausforderungen: Klimaschutz ist mehr als Umweltpolitik. Klimaschutz ist Wirtschaftspolitik. Und er kostet viel Geld. Das wissen wir spätestens seit dem Stern-Report aus dem Jahr 2006, in dem die britische Regierung die Kosten des Klimawandels unter die Lupe genommen hat. Schätzungen gehen von über 500 Mrd. Euro jährlich aus, allein um den Anstieg der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu beschränken. So viel Geld aufzubringen, überfordert die Staatshaushalte. Deshalb müssen wir mehr privates Kapital in klimaschonende Technologien, in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien umlenken. Mehr solcher nachhaltiger Investments sind das Ziel grüner Finanzpolitik. Wir wollen über Anreize und klare Regeln dafür sorgen, dass die Finanzmärkte „grün“ werden und so ökologische und soziale Ziele erreichen.

*„Doch obwohl uns nur noch wenige Jahre Zeit bleiben, der Erderwärmung wirksam zu begegnen, fließt immer noch viermal so viel Geld in die Öl- und Gasförderung wie in erneuerbare Energien. Das muss sich ändern.“* **Gerhard Schick MdB** ist Sprecher für Finanzpolitik

## Grünes Geld für mehr Klimaschutz!

Gerade der Finanzplatz Deutschland hat die Zeichen der Zeit nicht ausreichend erkannt: Nur 0,7% des angelegten Geldes folgen ökologischen, sozialen oder ethischen Kriterien. In Großbritannien sind es schon 22,5%.

Schätzungen großer Finanzdienstleister besagen, dass bis 2020 rund 2 Billionen US-Dollar in erneuerbare Energien investiert werden müssten, um das Ziel eines CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaftens zu erreichen. Wenn es also gelingen könnte, nur einen Teil der weltweit angelegten 54 Billionen Dollar in nachhaltiges Investment zu lenken, wäre das ein Riesenimpuls in die richtige Richtung.

Ein entscheidender Schritt in Richtung Energiewende ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das maßgeblich durch grüne Politik auf den Weg gebracht wurde. Es belegt eindrucksvoll: Durch eine richtige Weichenstellung lässt sich Bewegung in die Märkte bringen, Geld umlenken und der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen beschleunigen. Das Gesetz sorgt für Planungssicherheit bei den Betreibern von Windrädern und Solaranlagen. Erneuerbare Energien sind eine der wichtigsten Wachstumsbranchen in Deutschland mit derzeit rund 250.000 Beschäftigten. Das Exportvolumen der Branche betrug 8,5 Mrd. Euro im Jahr 2007. Damit ist Deutschland weltweit führend bei Windenergie- und Fotovoltaikanlagen. Schätzungen zufolge sollen bis 2020 weitere 200 Mrd. Euro in entsprechende Anlagen investiert werden. Allein die Investitionen in Windkraft werden sich bis 2010 auf 45 Mrd. Euro verdoppeln.

Das Geld für die Energiewende ist vorhanden. Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen und Politik müssen jetzt handeln, damit es in die richtige Richtung fließt. Dann können die Finanzmärkte ein Motor der ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft werden. Und ein starker Hebel für mehr Klimaschutz.

## VerbraucherInnen haben es in der Hand

Man muss beileibe nicht wohlhabend sein, um Geld nachhaltig anzulegen. Das geht genauso beim kleinen Sparbuch, mit einer einfachen Lebensversicherung oder der privaten Altersvorsorge. Das private Geldvermögen der Deutschen ist derzeit 4.500 Mrd. Euro wert. Selbst bei der Kreditaufnahme kann jeder Kunde eine Entscheidung treffen und zu einer Bank gehen, für die Nachhaltigkeit kein Fremdwort ist. Verbraucherinnen und Verbraucher haben es also in der Hand, wohin das Geld fließt.

## Nachhaltige Investments am Bankschalter – Fehlanzeige

Das Hauptproblem bei der Verbreitung nachhaltiger Geldanlagen: Sie sind noch nicht am Bankschalter angekommen. Ob Kundinnen und Kunden ökologische, ethische und soziale Kriterien bei ihrer Geldanlage berücksichtigen wollen, danach fragt der Finanzberater oft nicht. Das Spektrum nachhaltiger Geldanlagen reicht von Aktien, Festgeld, Fonds bis zu Zertifikaten. Eine Umfrage der imug Beratungsgesellschaft im Jahr 2007 fand heraus: 70% der Kundinnen und Kunden wissen nicht, dass es überhaupt solche Fonds gibt, 85% wurden sie noch nie angeboten. Aber mehr als die Hälfte der Privatanleger gibt an, dass sie nachhaltig anlegen möchte.

Und das mit gutem Grund: Nachhaltige Vermögensbildung mit gutem Gewissen heißt nicht, dass man auf Rendite verzichten muss. Ethische, ökologische und soziale Anlagekriterien können sicher und rentabel sein. Unternehmen mit den besten ökologischen und sozialen Leistungen haben ihren Wert zwischen 2001 und 2006 um knapp 36% gesteigert. Dagegen hat der globale Aktienindex MSCI World im gleichen Zeitraum nur um 24% gewonnen. Denn nachhaltige Unternehmenspolitik senkt Ressourcenverbrauch und Umweltrisiken und steigert Marktchancen.

Was nützt aber der gute Wille der Anlegerinnen und Anleger, wenn ihr Finanzdienstleister dem fossilen Energiezeitalter nachtrauert? Wir fordern deshalb eine Informationspflicht: So wie über die Risiken, die Rendite und die Liquidität eines Finanzprodukts aufgeklärt werden muss, soll auch über ökologische, soziale und ethische Kriterien der Geldanlage informiert werden. Solange Ihre Bank noch nicht soweit ist: Fragen Sie selbst nach!

## Ökofonds, Nachhaltigkeitsfonds, Grünes Geld, Ökobest – alles klar?

Beim nachhaltigen Investment herrscht Begriffswirrwarr. Viele Fondsnamen deuten auf grünes oder nachhaltiges Investment hin. Was aber wirklich in den Fonds steckt, muss man mühsam selbst herausfinden. Denn es ist nirgends festgelegt, welche Bedingungen eine nachhaltige Geldanlage erfüllen muss. Für manche Anleger kommen bspw. die Alkohol- oder Autobranche nicht in Frage. Andere wollen energieeffiziente Mobilität unterstützen und investieren deshalb auch in Autounternehmen, die spritsparende Modelle anbieten. Die Anbieter verwenden die Kriterien unterschiedlich – je nach ihrer eigenen Gewichtung und der ihrer Kunden. Deshalb gibt es auf diesem Markt bisher keinen einheitlichen Nachhaltigkeitsbegriff. Das macht die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Fonds sehr schwer. Überlegen Sie sich vorher, welche Schwerpunkte Sie neben Risiko, Rendite und Verfügbarkeit Ihres angesparten Geldes setzen möchten und besprechen sie diese mit Ihrem Anlageberater.

### Kriterien für nachhaltiges Investment:

Grundsätzlich gibt es Negativ- und Positivkriterien sowie den Best-in-Class- Ansatz. Die einzelnen Fondsmanger nehmen meist eine Mischung aus verschiedenen Kriterien und Ansätzen, je nach Unternehmensphilosophie.

**Negativkriterien sind z. B.:** Kernenergie, Automobil- und Flugzeugindustrie, Grüne Gentechnologie, Alkohol, Glücksspiel, Kinderarbeit, Pornografie, Prostitution, Tabak, Tierversuche, Rüstungsindustrie. Eine Investition in Unternehmen dieser Branchen wird beim Negativansatz ausgeschlossen.

**Positivkriterien können sein:** Berichterstattung zu ökologischen Belangen der Geschäftstätigkeit; Einhaltung von Mindestsozial- und Ökostandards im Unternehmen und bei Zulieferern, Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Minderheiten. Unternehmen, die diese Kriterien erfüllen, kommen für ein nachhaltiges Investment in Frage.

**Beim Best-In-Class-Ansatz** werden aus einer Vielzahl von Branchen die ökologisch besten Unternehmen herausgesucht. Aufgabe der Politik ist, hier für mehr Klarheit zu sorgen.

### Sie entscheiden über Ihr Investment

Gut möglich, dass Sie Miteigentümer oder -eigentümerin eines Unternehmens sind. Denn wenn Ihre Ersparnisse auch in Aktien oder Fonds angelegt sind, wenn Ihre Versicherung oder Ihr Arbeitgeber für Ihre betriebliche Altersvorsorge in Fonds oder Aktien investiert, dann gehören Ihnen – indirekt – Teile von Unternehmen. Wahrscheinlich wollen Sie aber nicht, dass „Ihre“ Unternehmen die Umwelt verpesten, von Kinderarbeit profitieren oder ineffiziente Kohlekraftwerke bauen.

Und wissen Sie, nach welchen Kriterien Ihr Geld angelegt wird, ob die Unternehmen, in die Sie – indirekt – investiert haben, damit auch gesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen? Erfahren Sie als Anleger, wie das Kreditinstitut Ihr Stimmrecht einsetzt? Beide Fragen können viele nicht mit Ja beantworten. Die Informationspolitik der Anbieter von Finanzprodukten ist dafür viel zu undurchsichtig. Wir wollen deswegen, dass sie über ihr Abstimmungsverhalten bei den Hauptversammlungen berichten müssen. Wenn sich die Vermögensverwalter an Nachhaltigkeitskriterien orientieren und die Unternehmen auffordern, darüber zu berichten, dann hat das eine enorme Wirkung auf deren Geschäftspolitik.

### Viele Lebensversicherungen, wenig Durchblick

In Deutschland gibt es mehr Lebensversicherungsverträge als Bürgerinnen und Bürger: rund 94 Millionen. Die Versicherungsunternehmen haben allein aus diesen Verträgen über 681 Mrd. Euro für Investitionen zur Verfügung. Bislang gibt es keine Informationen für die Kundinnen und Kunden, worin dieses Geld investiert wird. Wir wollen deshalb, dass alle Versicherten jährlich einen schriftlichen Bericht über die Verwendung der eingezahlten Prämien, das bisher gebildete Kapital sowie die einbehaltenen Kosten erhalten und dass deutlich ausgewiesen wird, ob ethische, soziale und ökologische Belange berücksichtigt wurden.

Grüne Finanzmarktpolitik sorgt durch Transparenz für einen klaren Blick der Anlegerinnen und Anleger auf ihre Vermögensbildung. So bekommen sie die Nachfragemacht, die sie erst in die Lage versetzt, nachhaltiges Wirtschaften mit ihrer Anlageentscheidung zu ermöglichen.

## **Grüne Altersvorsorge: transparent und flexibel**

Ethische, ökologische und soziale Anlagekriterien machen die Altersvorsorge sicher und rentabel. Denn gerade längerfristig ist eine nachhaltige Anlagestrategie wirtschaftlich von Vorteil: Nachhaltige Unternehmenspolitik setzt auf den sparsamen Einsatz von Ressourcen, vermeidet Umweltrisiken und steigert so Marktchancen. Schon bei den Riester-Produkten haben die Grünen für eine Informationspflicht über Nachhaltigkeitskriterien gesorgt. Zu diesen Produkten zählen etwa Rentenversicherungen, Fonds und Banksparpläne und bei der betrieblichen Altersvorsorge auch Direktversicherungen, Pensionskassen und -fonds. Wir Grüne wollen ein individuelles, gefördertes Altersvorsorgekonto einführen, bei dem die Berichtspflicht auf alle Finanzprodukte erweitert wird. Anlegerinnen und Anleger sollen so besser informiert werden, was mit ihrem Geld geschieht.

### **Wie würde das Altersvorsorgekonto funktionieren?**

Das Altersvorsorgekonto soll allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen und sich flexibel an individuelle Lebenskonzepte anpassen. Jede und jeder, ob selbstständig, angestellt oder in Ausbildung, kann bei einem beliebigen Finanzinstitut ein solches Konto eröffnen. Das Konto dient als „Dach“ für Sparformen, also z. B. für Riester-Renten, Fondsanteile oder Bundesschatzbriefe. Welche Finanzprodukte am besten sind, entscheidet jede und jeder selbst.

Gefördert wird unkompliziert durch steuerfreie Einzahlungen oder Zulagen. Notwendig sind nur die Vorlage des Altersvorsorgekonto-Vertrages beim Finanzamt und der Nachweis der jährlichen Ein- und Auszahlungen. Die Anbieter der Altersvorsorgekonten garantieren die Rückzahlung mindestens der eingezahlten Beiträge. Damit ist gesichert, dass sie sorgfältig mit den ihnen anvertrauten Geldern umgehen. Denn Verluste gingen voll zu ihren Lasten. Auf diese Weise werden hoch riskante und spekulative Anlageprodukte von vorneherein ausgeschlossen.

### **Und wie ist das mit den Steuern?**

Maximal 3.000 Euro der Einzahlungen auf das grüne Altersvorsorgekonto sollen pro Jahr steuerfrei sein, ebenso sämtliche erwirtschaftete Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden oder Veräußerungsgewinne. Die Abgeltungssteuer spielt keine Rolle. Während der Ansparphase ergeben sich deshalb steuerbedingt keine Renditeverluste, sondern das gesamte Kapital steht für die Altersvorsorge zur Verfügung. Entnahmen aus dem Konto werden mit dem persönlichen Steuersatz belegt. Durch die Steuerersparnis in der Erwerbsphase und den progressiven Steuertarif besteht ein starker Anreiz, das Ersparte auch erst im Alter und in kleineren Raten zu entnehmen. Die Auszahlungsbeschränkungen bei der Riester-Rente, wie das Mindestalter von 60 Jahren, die Zwangsverrentung ab 85 Jahren und die Beschränkung der Kapitalauszahlung auf 30% des Kapitalstocks bei Renteneintritt sind deshalb unnötig und im Altersvorsorgekonto nicht vorgesehen.

## **Der Staat in der Verantwortung**

### **Öffentliche Banken werden Vorreiter bei Nachhaltigkeit**

Öffentliche Banken sollen sich am Gemeinwohl orientieren. Bisher ist aber bei Sparkassen und Landesbanken weder eine klare und systematische Ausrichtung an Nachhaltigkeitskriterien erkennbar noch sind Nachhaltigkeitsziele formuliert. Das muss anders werden. Die öffentlichen Banken sollen eine Vorreiterrolle einnehmen, d. h. ihren innerbetrieblichen Umweltschutz stärken, Umweltrisiken systematisch bei der Kreditvergabe berücksichtigen und Produkte für nachhaltiges Investment entwickeln und aktiv anbieten.

Aber auch die Anlagestrategie des Staates ist nicht konsequent an seiner eigenen Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet. Bei der Geldanlage der öffentlichen Hand – dazu gehören z. B. die Pensionsfonds für Beamte, die Pensionsrücklagen der Bundesanstalt für Arbeit und die Nachhaltigkeitsreserve der gesetzlichen Rentenversi-

cherung – werden Nachhaltigkeitsaspekte kaum berücksichtigt. Dabei geht es hier um große Summen: Allein die Nachhaltigkeitsreserve der gesetzlichen Rentenversicherung betrug im Jahr 2007 rund 12 Mrd. Euro.

## **Fonds Ökowandel: Aus Atomgeld wird grünes Investment**

Die Energiewirtschaft muss viel Geld zurücklegen, um eines Tages Abriss und Entsorgung ihrer Atomkraftwerke zu bezahlen. Alle AKW-Konzerne horten dafür rund 30 Mrd. Euro. Dazu sind sie gesetzlich verpflichtet und von der Steuer befreit. Was passiert aber mit dem Geld, solange die Kraftwerke noch Strom produzieren? Die Betreiber stecken die steuerfreien Gewinne in Finanzanlagen, Unternehmensübernahmen oder neue Kraftwerke. Ob sie klimafreundlich investieren oder Kohlekraftwerke finanzieren, bleibt ihnen überlassen. Das wollen wir ändern.

Die Atomrücklagen sollen in einen Fonds fließen – den Fonds Ökowandel. Damit werden den Atomkonzernen die Nutzungsrechte über dieses Geld entzogen, ohne sie zu enteignen. Aber sie entscheiden nicht mehr darüber, wie die Gelder verwendet werden. Zwei Ziele erreichen wir mit dem neuen Fonds: Das Geld ist durch die öffentliche Kontrolle für den AKW-Abriss sicher verfügbar. Bis dahin finanziert der Fonds klimafreundliche Unternehmen und zukunftsfähige Technologien.

Der Fonds Ökowandel orientiert sein Investment an sozialen, ethischen und ökologischen Kriterien. Die Einhaltung der Kriterien überwacht ein unabhängiger Nachhaltigkeitsrat, zudem muss die Fondsleitung dem Bundestag öffentlich Bericht erstatten.

Der Fonds Ökowandel kann ein zentraler Baustein in einer Strategie für nachhaltiges Investment sein. Momentan verstehen alle etwas anderes darunter. Hier kann der Fonds Ökowandel Standards setzen. Wenn optimale Nachhaltigkeitsstrategie und sehr gute Performance zusammenkommen, taugt er als Vorbild für AnlegerInnen, andere Fonds und als Instrument, um die Finanzmärkte für den Klimaschutz zu nutzen.

## **Gemeinnützigkeit ernst nehmen**

Gemeinnützige Stiftungen werden steuerlich gefördert. Doch bisher achtet der Staat bei der Gemeinnützigkeit nur auf die eine Hälfte der Stiftungsarbeit: auf die, wo das Geld ausgegeben wird. Bei der Anlage des Stiftungskapitals dagegen spielt die Gemeinnützigkeit bisher keine Rolle. Eine gemeinnützige Stiftung könnte ihr Geld also sogar in Unternehmen investieren, die ihr Geld mit Kinderarbeit oder Regenwaldzerstörung verdienen. Das wollen wir ausschließen. Wir fordern deshalb, dass die gemeinnützigen Stiftungen berichten sollen, ob und wie ethische, soziale und ökologische Belange bei der Anlage ihres Finanzvermögens berücksichtigt werden. Sie müssen den Nachweis erbringen, dass sie ihr Kapital auch gemeinnützig anlegen.

## **Emissionshandel weiterentwickeln**

Der Emissionshandel ist ein Instrument, um ökologische Ziele mit den geringsten Kosten zu erreichen. Die Idee dahinter: Verschmutzungen, z. B. durch CO<sub>2</sub>, sollen dort vermieden werden, wo es am billigsten ist. Dafür erhalten alle großen Verschmutzer – bspw. Kohlekraftwerke – Zertifikate über eine bestimmte Menge von CO<sub>2</sub>, die sie ausstoßen dürfen. Diese können sie untereinander handeln. Es bilden sich also Angebot und Nachfrage: Wer das Klimagas billig einsparen kann, verkauft seine Zertifikate, andere mit höheren Vermeidungskosten müssen dazukaufen. Indem der Staat die ausgegebenen Zertifikate verknappt, kann er dafür sorgen, dass die großen Verschmutzer nur noch eine bestimmte Menge CO<sub>2</sub> ausstoßen.

Der Handel dieser Zertifikate läuft über die Finanzmärkte. Bisher hat er aber noch nicht richtig funktioniert, denn die Energiekonzerne haben die Verschmutzungsrechte größtenteils geschenkt bekommen. Wir wollen alle Emissionszertifikate versteigern, damit es nicht zu unverdienten Zusatzgewinnen der Konzerne kommt. Und wir wollen ihn auf andere Bereiche wie Luft- und Seefahrt ausweiten. Wenn die Regulierungen verbessert werden, dann kann dieser neue Finanzmarkt seine volle ökologische Wirkung entfalten. Ökonomisch ist er schon heute interessant: An der Leipziger Börse nimmt der Emissionshandel mittlerweile 6 bis 8% des Gesamtumsatzes ein. Damit ist der Auftakt für den Handel mit Verschmutzungsrechten auf den Finanzmärkten geschafft.

## Interessante Links:

Informationsportale:

[www.ecoreporter.de](http://www.ecoreporter.de)

[www.nachhaltiges-investment.org](http://www.nachhaltiges-investment.org)

Verbände auch für Privatleute:

Forum nachhaltige Geldanlage: [www.forum-ng.de](http://www.forum-ng.de)

Verein für ethisch orientierte Investoren: [www.cric-ev.de](http://www.cric-ev.de)

Verbraucherinformation:

Stiftung Finanztest: [www.test.de](http://www.test.de)

[www.oekotest.de](http://www.oekotest.de)

[www.verbraucherzentrale.de](http://www.verbraucherzentrale.de)

Informationen über den Finanzmarkt & Nachhaltigkeit:

Germanwatch: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

WWF – Klimaschutz und Finanzsektor: [www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Carbon Disclosure Project: [www.cdproject.net](http://www.cdproject.net)

UNEP Finance Initiative: [www.unepfi.org](http://www.unepfi.org)

Eurosif: [www.eurosif.org](http://www.eurosif.org)

## Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Gerhard Schick MdB, Christine Scheel MdB, Arbeitskreis 1: Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen, Haushalt,  
11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

## Zum Weiterlesen:

Starke KundInnen – Fitte Finanzmärkte (Flyer 16/63)

Fonds Ökowandel. Neues Wirtschaften mit altem Geld: Der grüne Fonds aus den Rückstellungen der Atomwirtschaft (Fraktionsbeschluss 04.04.2008)

Anlegerfreundlich, ökologisch und stabil. Grüne Beiträge zur Finanzmarktpolitik (Reader)

## Bundestagsdrucksachen:

16/8220 Fonds Ökowandel (Antrag)

16/8759 Altersvorsorgekonto (Antrag)

16/5981 Zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Entschließungsantrag)

## Links:

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Finanzen